

Politischer Runder Tisch der Frauen der Stadt Magdeburg

Kontaktadresse:

Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Amt für Gleichstellungsfragen
Alter Markt 6
39090 Magdeburg
Tel. 0391/ 540 2316
www.frauen-magdeburg.de
beier@stadt.magdeburg.de

Protokoll zur Sitzung des Politischen Runden Tisches der Frauen Magdeburg vom 12. Februar 2008

Frau Beier, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg, begrüßt alle eingeladenen KandidatInnen zur Wahl der Oberbürgermeisterin/ des Oberbürgermeisters sowie alle anwesenden Frauen und Gäste herzlich und eröffnet die Sitzung.

Sie bedankt sich bei den KandidatInnen für ihre Teilnahme.

Die Frauen des Politischen Runden Tisches haben sieben Schwerpunkte gesetzt, zu denen die KandidatInnen Stellung nehmen sollen. Diese Schwerpunkte sind im Einzelnen:

1. Umsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
2. Verbesserung der Situation von Familien in schwierigen Lebenslagen, insbesondere bei häuslicher Gewalt
3. Prävention gegen Gewalt im öffentlichen Raum
4. Vereinbarkeit von Beruf und Familie – z. B. im Bereich der Kinderbetreuung
5. Ausgestaltung des ÖPNV in Magdeburg
6. Gender Budgeting im Haushalt der Stadt – welche Vorschläge zur Umsetzung existieren
7. Förderung der Frauen- und Mädchenprojekte in der Zukunft

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

- Die Qualität der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt ist sehr hoch.
- Die Bildung in Magdeburg muss weiter gefördert werden.

Gender Budgeting:

- Es erfolgt noch keine richtige Umsetzung auf Landesebene. Die Frage ist „Wie?“.
- Die Auswirkungen auf Jungen und Mädchen müssen immer im Blick behalten werden. „Wie wirkt sich was auf wen aus?“
- Es sollte auch mehr „Bürgerhaushalt“ auf lokaler Ebene betrieben werden.

Herr Dr. Trümper (SPD):

Chancengleichheit für Frauen und Männer auf lokaler Ebene:

- Leider gibt es nur wenige Frauen in der Hierarchie innerhalb der Stadtverwaltung.
- Die Frauen müssen weiterhin gefördert werden.
- Er sieht die weitere Entwicklung positiv.

Gender Budgeting:

- Gender Budgeting muss auch weiterhin in der Stadtverwaltung durchgesetzt werden. Er ist dafür.
- In den Drucksachen muss Gender Budgeting Beachtung finden.
- Auch hier sieht er die weitere Entwicklung positiv.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

- Die Kindertagesstätten und Schulen werden immer flexibler.
- Eine Frage ist, wie sinnvoll lange Öffnungszeiten wirklich sind. Auf der anderen Seite sind aber viele Familien durch ihre Arbeitszeiten auf lange Öffnungszeiten angewiesen.
- Auch hier muss die Chancengleichheit für Frauen und Männer gefördert werden.

Verbesserung der Situationen von Familien in schwierigen Lebenslagen:

- Es ist wichtig die Netzwerkarbeit weiter zu stärken.
- Frauenhaus, Sozialamt, Staatsanwaltschaft und Polizei müssen enger zusammenarbeiten.
- Auch Integration muss hier groß geschrieben werden. Es muss auch mehr mit den Eltern gearbeitet werden, besonders im Hinblick auf die deutsche Sprache.

Herr Theile (DIE LINKE):

- Der Frauenanteil in den Unternehmen ist sehr hoch. Es ist wichtig die Frauen zu fördern, damit sie auch stärker in Führungspositionen vertreten sind. Dies ist für ihn ein großes Thema.

Herr Meister (Bündnis 90/ Die Grünen):

Chancengleichheit für Frauen und Männer auf lokaler Ebene:

- Der Frauenanteil in den Leitungsebenen muss weiter gestärkt werden. Oft scheint es, als ob viele Frauen kein oder kaum Interesse an Führungspositionen haben. Die Frage ist „Warum?“.

Verbesserung der Situationen von Familien in schwierigen Lebenslagen:

- Es muss eine Opfer- und Täterarbeit stattfinden.
- Große Probleme gibt es hier auch im Hinblick auf ausländische MitbürgerInnen. Durch die verschiedenen Religionen gibt es oft große Diskrepanzen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

- Im Bereich der Kinderbetreuung muss weiter auf lange Öffnungszeiten gebaut werden. Sonst können viele Familien Beruf und Familie nicht vereinbaren. Hier muss weiterhin eine Verstärkung passieren.

Ausgestaltung des ÖPNV in Magdeburg:

- Eine Förderung von ermäßigten Fahrkarten für Bedürftige muss gestärkt werden.
- Es sollte auch „Familientickets“ geben.

Herr Schwenke (CDU):

Chancengleichheit für Frauen und Männer auf lokaler Ebene:

- Gleichstellungspolitik beginnt zuerst in den Köpfen der Menschen. Dies ist ein Ziel, was erreicht werden muss.
- Es ist Fakt, dass in gewissen Gremien kaum Frauen vertreten sind. Hier muss eine stärkere Förderung der Frauen erfolgen. Die Frage ist: „Wie können die Frauen ermuntert werden?“

Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

- Die Kindertagesstätten haben mittlerweile ein gutes Angebot und flexible Öffnungszeiten.
- Es gibt Tagesmütter.
- Trotzdem muss an einer weiteren Optimierung gearbeitet werden.
- Besonders die Mütter müssen gefördert und unterstützt werden, damit sie wieder voll ins Berufsleben einsteigen können. Um dann die Sicherheit der Frauen auf dem nach Hause Weg zu gewährleisten, könnten „Frauentaxis“ fahren.

Förderung der Frauen- und Mädchenprojekte:

- Hier darf es keine Abstriche geben.
- Die Förderung muss weiterhin erfolgen.
- Die Angebote sollten auch hinterfragt werden (Zweck-Mittel-Relation).
- Erziehungskompetenz muss gestärkt werden.

Herr Schilling (future!):

Familien- und Frauenförderung:

- Familien- und Frauenfreundlichkeit ist ein großes Problem.
- Den männlichen „Machtkreis“ zu durchbrechen ist schwierig für Frauen.
- Dies ist ein gesellschaftliches Problem.
- Familie und Beruf muss gestärkt werden.

Gender Budgeting:

- Gender Budgeting muss ein Grundsatz innerhalb der Stadtverwaltung werden.

Frau Beier bedankt sich bei den Kandidaten für die Stellungnahmen und eröffnet die Diskussion mit allen Anwesenden.

Frau Kronfoth:

- Es ist richtig, dass es zu wenig Frauen in Führungspositionen gibt. Ein Grund hierfür kann sein, dass Frauen, die Kinder haben, oftmals keinen guten Lebenslauf vorweisen können, weil ihnen die Zeit für Weiterbildungen usw. fehlt, im Vergleich zu Männern. Deshalb sollte es heißen „bei vergleichbarer Eignung...“ und nicht „bei gleicher Eignung...“
- ÖPNV – behinderte, ältere oder junge Frauen haben Angst abends mit den ÖPNV zu fahren. Der Nachtverkehr lässt sehr zu wünschen übrig. Er beginnt zu Zeiten, wo viele Frauen (Verkäuferinnen) noch arbeiten müssen. Der Weg nach Hause wird zur „Mutprobe“.

Herr Meister dazu:

- Stimmt dem zu. Hier muss dringend etwas getan werden.
- Nachtverkehr könnte zeitlich nach hinten verlagert werden, dies würde aber Mehrkosten für alle Benutzer der ÖPNV bedeuten.

Frau Beier dazu:

- Hier liegt ein Beispiel vor, wo Gender Budgeting Berücksichtigung finden sollte. Frauen sind hier mehr betroffen als Männer.

Herr Theile:

- Frauen sind an Führungspositionen interessiert. Es sind Umstände wie, die Familienversorgung und z. B. ein sicherer nach Hause Weg, welche die Frauen hindern.
- Die Bereiche Bildung, Erziehung und das Leben in den Familien müssen gestärkt werden.

Frau Dr. Hüskens dazu:

- Nicht die Umstände sind schuld. Das Rollenverhalten zwischen Frauen und Männern ist nicht gleichberechtigt. Mehr Gleichberechtigung muss her!
- Zum größten Teil ist es doch so, dass die Frauen zu Hause bleiben, wenn Kinder kommen, nicht die Männer. Beide Partner sollten hier an einem Strang ziehen. Auch die Männer müssen zurückstecken.

Frau Beier dazu:

- Besonders alleinerziehende Frauen brauchen Unterstützung.

Herr Dr. Trümper dazu:

- Rollenbilder in den Familien ändern sich nur sehr schwer.
- Dies ist ein gesellschaftliches Problem.
- Es sollte bereits in den Kita's und Grundschulen damit begonnen werden, eine Auflösung oder Veränderung dieser Geschlechterrollen zu bewirken.

Thema ÖPNV:

- Der MVB wurden Gelder gekürzt von der Stadt.
- Daraufhin hat die MVB die „Leerfahrten“ eingestellt und auf den Nachverkehr umgesattelt.
- Das Problem der Angst, nach 22 Uhr Straßenbahn oder Bus zu fahren, muss bekämpft werden.
- Auch die Kriminalität auf den Straßen muss minimiert werden.
- Zum Beispiel durch mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsamt auf den Straßen.
- Schichtarbeit für das Ordnungsamt ist in Planung.

Frau Beier dazu:

- Dienlich wären Nachttaxis wie in Halle oder Nachtshuttle.

Herr Theile:

- Zukünftig müssen Frauen stärker gefördert werden. Im Beruf und in den Familien.
- Mehr Gleichberechtigung muss her sowie eine ausgewogene Quote in den kommunalen Betrieben.

Herr Schwenke dazu:

- Es gibt Rahmenkonzepte zur Gleichberechtigung. Diese müssen weiter ausgebaut werden.
- Die Lösung des Problems „Nachtverkehr“ ist jedoch schwierig.

Frau Winterfeld:

- Wünscht sich, dass die genannten Schwerpunkte der Kandidaten präsent bleiben in Zukunft, z. B. ÖPNV – angstfreie Räume.
- „Chancengleichheit beginnt im Kopf“ – bitte dies auch zulassen.
- Bekommen Frauen, die politische Ämter wollen, auch genügend Anerkennung? Oft müssen Frauen besser sein als die Männer.
- Um eine Änderung der Rollenbilder zu erreichen, sollte auch sensibler mit der Darstellung der Frau in der Öffentlichkeit umgegangen werden, z. B. bei Werbung, in Zeitungen bzw. in den Medien allgemein.

Frau Alm:

- Viele Frauen, die arbeitslos sind, können nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben, weil ihnen das Geld fehlt.
- Deshalb sollten Vereine und Verbände finanziell gestärkt werden.

Herr Meister:

- Eine Wertschätzung der Frauen ist schon vorhanden.
- Das Mittelmaß muss mehr gefördert werden. Auch hier muss mehr Gleichberechtigung walten.

- Die Frauen könnten selbst aktiver werden und in die kommunale Politik gehen. Dies wäre sehr begrüßenswert.
- Die Kinderbetreuung könnte innerhalb der Familie besser organisiert werden.
- Im Hinblick auf das Problem „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Arbeitslosen“ muss etwas getan werden. Die MVB z. B. könnte Ermäßigungen anbieten.

Herr Dr. Trümper dazu:

- Es gibt bereits Ermäßigungen durch den Magdeburg-Pass. Es sind z. B. 4 Fahrscheine monatlich kostenlos.

Frau Ponitka dazu:

- Viele Frauen und Bedürftige können nicht einmal mehr die Beratungsstellen aufsuchen, weil sie kein Geld haben um Fahrscheine zu kaufen. Sie würden die Beratung brauchen, können sie aber nicht nutzen.
- Ein weiteres Problem ist das Mittagessen in den Kindereinrichtungen. Viele Kinder können nicht mehr mitessen, die Eltern bestellen das Essen ab, weil sie es sich nicht mehr leisten können.

Herr Dr. Trümper dazu:

- Dieses Thema wird bereits auf Bundesebene diskutiert. Hier muss das Ergebnis abgewartet werden.
- Um die Essensversorgung für bedürftige Kinder in Magdeburg kostenfrei zu gestalten, wären „nur“ ca. 180.000 EURO nötig. Diese Summe ist keine Unsumme. Diese Problem ist also lösbar!
- Es muss jedoch klare Richtlinien sowie die Freigabe vom Land geben.

Herr Schilling dazu:

- Diese Diskussion könnte jetzt im Zusammenhang mit dem Armutsbereich geführt werden.
- Auch der Drogenmissbrauch bei den Jugendlichen ist ein großes Thema.
- In den Unternehmen fehlen Konzepte zum Umgang mit Familien bzw. mit mehr Familienfreundlichkeit.

Frau Kronfoth dazu:

- Wie ist die Kapazität in den Schulen zum Essen für alle SchülerInnen.
- Die Speiseräume reichen nicht aus!
- Wie wird dieses Problem gelöst?

Herrn Schwenke und Herrn Dr. Trümper ist diese Problematik bisher nicht bekannt gewesen. Jedoch gibt es genügend Kapazitäten.

Herr Schilling, Frau Dr. Hüskens, Herr Theile und Herr Meister sind für entsprechende Maßnahmen bzw. ggf. für Sanierungen.

Herr Theile und Herr Meister schließen sich der Meinung von Herrn Dr. Trümper an, dass 180.000 EURO eine vertretbare und überschaubare Summe ist.

Herr Meister wirft die Frage auf, warum dieser Betrag erst jetzt errechnet wurde, denn dieses Problem besteht schon lange.

Frau Beier stellt noch 2 Fragen:

1. Warum werden bei Konsolidierungsmaßnahmen immer die freiwilligen Aufgaben gestrichen oder gekürzt? Der Erhalt von Beratungsstellen (Vereine, Projekte) ist eigentlich Daseinsfürsorge oder Daseinsvorsorge der Kommune. Welche Möglichkeiten einer besseren Absicherung dieser Angebote gibt es?
2. Das Beratungsangebot zum Thema häusliche Gewalt ist gut. Sie werden vom Land gefördert. Wenn diese wegbrechen (nur eine halbe Stelle steht hier zur Verfügung), wäre dies eine Katastrophe. Viele Vereine müssen 10 % Eigenleistung erbringen. Diese Mittel gehen vom Bedarf für Beratungen ab und der Bedarf ist steigend. Was kann hier getan werden?

Frau Dr. Hüskens dazu:

- Freiwillige Leistungen müssen als erstes gestrichen werden.
- Bei Konsolidierungskonzepten oder –maßnahmen müssen diese Mittel vom Landesverwaltungsamt in Halle genehmigt werden.
- Eine Verbesserung dieser Situation ist nur durch den weiteren Schuldenabbau möglich.
- Eigenmittel der Vereine – dies wird noch einmal ein TOP im Landtag sein. Eine Richtlinie muss erarbeitet werden.
- Es ist wichtig auch auf Landesebene politischen Druck aufzubauen. Auch das Land muss einsparen damit die Kommunen wieder mehr „Luft“ haben.

Herr Dr. Trümper dazu:

- Würden unbare Mittel wirklich etwas bewirken für die Vereine?
- Das hieße Personalaufwand ohne Bezahlung.
- Zur Haushaltskonsolidierung: Mehr Sicherheit wollen alle, das geht leider nicht.
- Dazu gibt es zu viele unbekannt Größen, z. B. Steuereinnahmen. Das sind nur Schätzungen.

Frau Beier dazu:

- Die Grundstrukturen für Soziales dürfen nicht wegbrechen!

Herr Theile dazu:

- Kommunales Eigentum könnte hierfür genutzt werden, z. B. Wobau oder SWM.

Herr Meister dazu:

- Sachmittel wäre eine Lösung aber nicht für alle.
- Freiwillige Leistungen sind juristisch keine Pflichtleistungen aber ein Kernbereich muss festgelegt werden.

Herr Schilling dazu:

- Man muss Prioritäten setzen! Ist z. B. der geplante Tunnelbau wirklich nötig?

Abschließend bedankt sich Frau Beier noch einmal bei allen Anwesenden und wünscht einen guten Nachhauseweg.